

Antrag

der Fraktion der Bayernpartei

betr. Rückgabe nicht genutzter, von der Besatzungsmacht beschlagnahmter Wohnungen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, mit der Alliierten Hohen Kommission in Vorwegnahme der künftigen Neuregelung in einem Besatzungsvertrag folgende Abmachung zu erzielen:

Sofern Wohnungen, Gast- und Erholungsstätten und andere Objekte 3 Monate lang nicht von der Besatzungsmacht genutzt werden, fallen sie automatisch an die deutschen Wohnungsberechtigten bzw. Nutzungsberechtigten zurück.

Zur Durchführung dieser Maßnahme sollen die Gemeinden angehalten werden, monatlich die von der Besatzungsmacht beschlagnahmten Wohnungen und andere Objekte zu melden, die länger als 3 Monate nicht genutzt werden.

Bonn, den 28. Februar 1951

Dr. Seelos und Fraktion